

Info-Paket

Bündnis 90 /DIE GRÜNEN im Landtag Niedersachsen

April 2008

Grüne

Schule darf nicht krank machen – Druck aus dem Turbo-Gymnasium nehmen

Inhalt

- Einleitung
- Landtagsantrag 16/51: Schule darf nicht krank machen ...
- Rede am 10.4.2008 im Landtag Niedersachsen von Ina Korter
- Pressemitteilung, 30.1.08: Kultusminister beim 8-jährigen Gymnasium ...
- Pressemitteilung, 13.2.08: Grüne nach G-8-Gipfel ...
- Pressemitteilung, 8.4.08: Heister-Neumann beim Turbo-Abitur ...

Hrsg. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Niedersachsen

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

Tel. 0511/3030-4201

gruene@lt.niedersachsen.de

V.i.S.d.P. Ina Korter



Schule darf nicht krank machen – Druck aus dem Turbo-Gymnasium nehmen

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 12 Jahre bis zum Abitur, das so genannte „G 8“ stellt Schülerinnen und Schüler, Eltern- und Lehrerschaft vor große Probleme. Da für die Bewältigung der gleichen Stoffmenge wie vor der Schulzeitverkürzung nunmehr ein Jahr weniger zur Verfügung steht, ist Unterricht bis weit in den Nachmittag hinein längst zur Regel geworden. Die Gymnasien sind damit – vielfach ohne eine entsprechende Ausstattung und Konzept - längst zu faktischen Ganztagschulen geworden. Wegen fehlender Mensen kann häufig kein warmes Mittagessen angeboten werden, Ruhe- oder Aufenthaltsräume fehlen. Auch konzeptionell hat die Landesregierung die Gymnasien nicht auf die Schulzeitverkürzung ausgerichtet: Klassen und Lerngruppen wurden weiter vergrößert, Schülerinnen und Schüler müssen täglich zum Teil 8 verschiedene Fächer vor- und nachbereiten. Unterricht, Hausaufgaben und Fahrtzeiten zusammen lassen kam noch Zeit für eigne Aktivitäten

Wir wollen das Rad nicht zurückdrehen! Die Möglichkeit, nach 12 Schuljahren zum Abitur zu kommen, soll erhalten bleiben. Dafür müssen die Gymnasien aber echte Ganztagschulen werden. Wer jedoch länger braucht, soll diese Möglichkeiten grundsätzlich bekommen. Wir wollen es daher der Eigenverantwortlichen Schule überlassen, gemeinsam mit ihrem Schulträger darüber zu entscheiden, ob das Abitur an der Schule nach Klasse 12, nach jeweils individueller Lernzeit oder nach Klasse 13 vergeben werden soll. Darüber hinaus wollen wir den Schulalltag pädagogisch rhythmisieren, die Lerngruppen deutlich verkleinern und alle Gymnasien als echte Ganztagschulen ausstatten. Unsere Vorschläge haben wir im April 2008 mit einem Entschließungsantrag in den Niedersächsischen Landtag eingebracht.

Allein kann das Land die Probleme jedoch nicht lösen. Ebenso gefordert sind die kommunalen Schulträger, wenn es beispielsweise um die bessere Ausstattung der Schulen geht. Auch die Eigenverantwortlichen Schulen selbst und damit die Eltern und Schüler in den Schulvorständen haben die Möglichkeit, entscheidende Weichenstellungen vorzunehmen. Ich rege daher einen „Regionalen G 8-Gipfel“ an, bei dem Schulträger, Eltern- und Schülervertretungen und Schulleitungen gemeinsam darüber beraten, welche Maßnahmen möglich und erforderlich sind. Ein entsprechender Vorschlag ist in diesem Infopaket enthalten.

Für Fragen und Anregungen stehe ich gerne zur Verfügung.



Ina Korter, schulpolitische Sprecherin

Ina Korter, MdL

Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

Tel. 0511/3030-3312

Ina.Korter@lt.niedersachsen.de

Mehr Infos: www.gruene-niedersachsen.de

www.neue-schule-niedersachsen.de



Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 02.04.2008

Schule darf nicht krank machen - Druck aus dem Turbo-Gymnasium nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Kinderärztinnen und Kinderärzte stellen fest: Die Schulangst in Niedersachsen nimmt zu. Kopfschmerzen, diffuser Bauchschmerz und Schlafstörungen sind einige Symptome der Kinder, die mit dem Druck am Turbo-Gymnasium durch die überstürzte schwarz-gelbe Schulzeitverkürzung nicht fertig werden. In unverantwortlicher Weise hat die Landesregierung Schulen, Eltern und Kommunen unvorbereitet in das Abenteuer Schulzeitverkürzung geschickt. Der dadurch entstehende Stress und die Belastungen reichen bis weit in das Familienleben hinein. Vieles, was eine glückliche und lebendige Kindheit und Jugend ausmacht, bleibt auf der Strecke.

Statt sich einer Diskussion über die sich zuspitzenden Probleme zu stellen und die grundlegenden, unabdingbaren konzeptionellen Voraussetzungen für eine sinnvolle Schulzeitverkürzung zu schaffen, hat der für die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur verantwortliche ehemalige Kultusminister Busemann versucht, die Probleme auf die eigenverantwortlichen Schulen abzuschieben. Auch die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom März 2008 bringen für die niedersächsischen Gymnasien keine Lösung.

Es muss unverzüglich grundsätzlich umgesteuert werden. Wir brauchen eine Schule, die Leistung, nachhaltigen Lernerfolg und Chancengleichheit sichert, und keine, die Kinder krank macht. Kinder müssen das Recht auf eine gute Bildung und eine lebendige Kindheit und Jugend haben.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, auch die Gymnasien pädagogisch so umzugestalten, dass die Überforderung der Schülerinnen und Schüler beendet, die Lernfreude wieder geweckt, die Lernergebnisse verbessert und eine individuelle Förderung ermöglicht werden.

1. Statt die Schulzeit bis zum Abitur einheitlich auf zwölf Jahre festzulegen, bekommen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, je nach ihrem persönlichen Lerntempo das Abitur nach einer unterschiedlichen Zeitdauer zu erlangen. Dafür können auch die Sekundarstufen I und II in Stufen mit altersgemischten Lerngruppen gegliedert werden, die individuell unterschiedlicher Zeit durchlaufen werden können. Die eigenverantwortlichen Schulen können in Abstimmung mit dem Schulträger entscheiden, ob sie das Abitur in echten Ganztagschulen nach Klasse 12, nach jeweils individueller Lernzeit oder nach Klasse 13 vergeben.
2. Die Gymnasien werden in einem Stufenplan zu echten Ganztagschulen mit warmem Mittagessen ausgebaut. Die Landesregierung legt dem Landtag unverzüglich einen Finanzierungsvorschlag vor, der die Finanzierungsanteile vom Land, von den Kommunen und vom Bund berücksichtigt. Das Land setzt sich beim Bund dafür ein, dass das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ fortgesetzt wird.
3. Der Schultag an den Gymnasien wird pädagogisch rhythmisiert. Phasen der Anspannung und Entspannung, des Unterrichts, des Selbstlernens und von kulturellen, musischen und sportlichen Angeboten wechseln sich ab. Kurzfristig werden - als Zwischenschritt - die herkömmlichen 45-Minuten-Stunden durch ein Doppelstundenkonzept ersetzt, damit die Schülerinnen und Schüler nicht bis zu acht verschiedene Fächer pro Tag vor- und nachbereiten müssen, sondern nur noch maximal vier Fächer.

4. Ein exemplarisches und fächerübergreifendes Lernen und der Erwerb effektiver Lernstrategien treten an die Stellen der Vermittlung großer Mengen von Detailwissen. Hierfür werden die Rahmenrichtlinien und Kerncurricula ausgelichtet. Auch die Vorgaben des Zentralabiturs gehören auf den Prüfstand, sie dürfen nicht zu einem neuen, heimlichen Lehrplan werden.
4. An die Stelle der Hausaufgaben treten Phasen des selbständigen Lernens und Übens in der Schule, bei denen Lehrkräfte als Berater anwesend sind. Spätestens ab 16 Uhr haben die Schülerinnen und Schüler frei.
6. Die Lerngruppen werden deutlich verkleinert. Kurzfristig werden die Lerngruppen wieder in den Klassen 5 bis 9 auf maximal 30 und in Klasse 10, die zur Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe geworden ist, auf maximal 24 reduziert. Zur Finanzierung sind freiwerdende Mittel aus dem Rückgang der Schülerzahlen zu nutzen.

Begründung

Mit der Schulgesetznovelle von 2003 hat der niedersächsische Landtag mit den Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion die Schulzeit bis zum Abitur ohne Vorlauf- und Erprobungszeit und ohne die notwendigen pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen an den Gymnasien zu schaffen auf zwölf Jahre verkürzt. Dies hat, wie damals bereits zu befürchten war, zu einer unverantwortlichen Überlastung der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien geführt (vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.02.2004 betr. Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre aussetzen - Drs. 15/802).

I. „Kinderarbeit“ dank Schulzeitverkürzung

Als Folge der Schulzeitverkürzung am Gymnasium mussten die von der Kultusministerkonferenz - als Grundvoraussetzung für die gegenseitige Anerkennung des Abiturs durch die einzelnen Bundesländer - vorgeschriebenen 265 Jahrgangswochenstunden von neun auf acht Schuljahre verteilt werden. In der Umsetzung durch die schwarz-gelbe Landesregierung bedeutet dies, dass bereits in der siebten Klasse einschließlich des verpflichtenden Wahlunterrichtes bis zu 34 Wochenstunden unterrichtet werden; in der achten Klasse erhöhen sich die Wochenstunden gar auf 35 und ab der neunten Klasse auf 36. Damit sind die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien faktisch ganztags in der Schule.

Zu der täglichen Aneinanderreihung von sieben oder acht Unterrichtsstunden muss der gleiche Stoff wie vor der Schulzeitverkürzung, allerdings in kürzerer Zeit, „gepaukt“ werden. Dazu kommen die Hausaufgaben. Eine Folge ist, dass die Schülerinnen und Schüler um die Zeit für Freundinnen und Freunde, Hobbys, um notwendige Entspannung und Muße, ja in großem Maße auch um ihre Kindheit gebracht werden. Lehrerinnen und Lehrer berichten zudem, dass weniger Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit wahrnehmen können, an Arbeitsgemeinschaften wie Theater-Workshops u. ä. teilzunehmen. Sportvereine beklagen, dass die Kinder und Jugendlichen nachmittags nicht mehr zum Training kommen können. Schulorchester müssen mangels Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgeben.

II. „Kahler Ganzttag“ an den Gymnasien

Mit der Schulzeitverkürzung ist eine de-facto-Ganztagschule ohne jede Vorbereitung über die Gymnasien und Kommunen gekommen. Es fehlen deshalb Küchen und Mensen und damit die Gelegenheit, in entspannter Atmosphäre ein gesundes, warmes Mittagessen zu sich zu nehmen. Es fehlen aber auch vernünftige Pausenregelungen und Räumlichkeiten, um dem schulischen Alltag eine andere Struktur zu geben, in der sich Unterricht und andere Aktivitäten wie Sport, Stunden zu Entspannung oder auch Angebote in Kooperation mit außerschulischen Partnern abwechseln. Und nicht zu vergessen: Es fehlen auch die Lehrkräfte für eine wirkliche Ganztagschule.

III. Das Turbo-Gymnasium verschärft die soziale Spaltung und macht Kinder krank

Der Druck durch lange Unterrichtstage und Stoffverdichtung kommt unvermittelt in den Familien an. Eltern berichten, dass die Notwendigkeit, bei Hausaufgaben zu helfen, enorm gestiegen ist. Der kommerzielle Nachhilfemarkt boomt wie nie. Die unüberlegte Schulzeitverkürzung führt unweigerlich zu einer zusätzlichen Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern, deren Eltern ihre Kinder

nicht selbst unterstützen und die sich keine professionelle Nachhilfe für ihre Kinder leisten können. Kinderärztinnen und -ärzte sowie Jugendpsychologinnen und -psychologen berichten von einem enormen Zuwachs junger Patientinnen und Patienten mit Schulangst und anderen durch den Druck in der Schule ausgelösten psychischen Problemen.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat mit der Novellierung des Schulgesetzes ein Modell der Schulzeitverkürzung eingeführt, das die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen in der Sekundarstufe I faktisch unmöglich macht. Das Gymnasium wurde einfach von den anderen Schulformen abgekoppelt. Damit werden Lern- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen unnötig beschnitten.

IV. Anforderungen an eine gelingende Schulzeitverkürzung

Die Schulen brauchen ein Organisationsmodell der Schulzeitverkürzung, das den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten und Entwicklungsschritten der Kinder und Jugendlichen Rechnung trägt und eine Flexibilisierung der Lernzeiten ermöglicht. In einem solchen Modell kann der zwölfjährige Weg zum Abitur der Regelfall sein, Schülerinnen und Schüler, die mehr Zeit brauchten, können jedoch weiterhin nach 13 Schuljahren zum Abitur geführt werden.

Bei einer Schulzeitverkürzung muss sichergestellt sein, dass kein Druck auf die Kinder und Jugendlichen entsteht, der eine ernste Gefahr für ein gelingendes Aufwachsen, eine glückliche Kindheit und letztlich auch für ein erfolgreiches Lernen in der Schule bedeutet. Es bedarf einer breit getragenen Verständigung darüber, was heute notwendige Inhalte einer zukunftsgerichteten Allgemeinbildung sind.

Wir brauchen eine Schule, die jedes Kind und jeden Jugendlichen mit seinen jeweiligen Begabungen optimal fördert. Diesen Anforderungen müssen auch die Gymnasien gerecht werden. Auch die Gymnasien müssen umgestaltet werden, um die Überforderung der Kinder zu beenden und die Lernergebnisse zu verbessern. Sie müssen zügig - ebenso wie mittelfristig alle Schulen - zu echten Ganztagschulen ausgebaut werden.

Der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen ist nicht zum Nulltarif möglich. Es ist ein gemeinsames Investitionsprogramm notwendig, bei dem das Land die Kommunen mit eigenen Mitteln unterstützt. Darüber hinaus muss das Land sich dafür einsetzen, dass der Bund das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ fortsetzt, mit dem bereits sehr erfolgreich der Ausbau des Ganztagschulangebotes gefördert worden ist. Zweitens müssen die Schulen mit einem ausreichenden Personalbudget ausgestattet werden, um als Ganztagschulen pädagogisch erfolgreich arbeiten zu können. Für den Ausbau aller 248 Gymnasien zu echten Ganztagschulen entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von jährlich ca. 80 Mio. Euro, wobei der Anstieg bei einem stufenweisen Ausbau über mehrere Jahre gestaffelt werden kann. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hatte deshalb in ihrem Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2008 Epl. 07 Kap. 07 10 TGr. 63 („Budget der Eigenverantwortlichen Schule“) beantragt, 32,5 Mio. Euro zusätzlich einzustellen, die auch für den Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen verwendet werden sollten.

Stefan Wenzel

Fraktionsvorsitzender

Ina Korter, MdL

TOP 18: Schule darf nicht krank machen – Druck aus dem Turbo-Gymnasium nehmen

Redemanuskript

Anrede,

„Abends, 20 Uhr 40: Die Ziffern auf der Uhr lassen sich nur noch mit brennenden Augen lesen. Draußen ist es schon lange dunkel, und vom Tag habe ich mal wieder nichts mitbekommen. Jetzt muss ich noch Chemie machen und die Englischvokabeln lernen. ... So sieht also mein Leben mit 14 Jahren aus.“ So beschrieb am 12. Februar Viola in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung ihren Schulalltag in einem niedersächsischen Gymnasium.

Und Birte schrieb: „Dreimal pro Woche komme ich erst nachmittags aus der Schule. ... Eine Mittagspause gibt es nicht. Erst zu Hause esse ich ... etwas, danach geht es mit den Hausaufgaben weiter. Wenn man die in Ruhe machen möchte und sich Mühe dabei gibt, bleibt danach wenig freie Zeit übrig. In der 8.Klasse habe ich 34 Stunden pro Woche, und die einzelnen Unterrichtsstunden sind oft sehr hektisch und voll gestopft. Die Themen werden so schnell wie möglich durchgezogen, um das vorgegebene Pensum zu schaffen, und entsprechend viele Hausaufgaben fallen an. ... Und selbst das, was dran war, wurde zu ungründlich erklärt, so dass viele nicht mehr mitkommen.“

So sieht es heute an den Gymnasien in Niedersachsen aus. Doch die Landesregierung reagiert vollkommen konzeptlos. Dabei war das, was heute an den Gymnasien passiert, seit Jahren absehbar.

Schon 2004 haben wir darauf hingewiesen, dass das Turbo-Abi für die Schülerinnen und Schüler zu einer Wochenarbeitszeit von mehr als 40 Stunden führen wird. Wir haben gefordert, die Schulzeitverkürzung auszusetzen, bis die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen sind.

Aber der damalige Kultusminister Busemann sah in unserem Antrag – so wörtlich im Februar 2004 hier im Landtag – lediglich „ein weltfremdes, ja geradezu absurdes Ansinnen“. Er wollte unbedingt ganz vorn sein beim G 8.

Dabei war schon damals klar: Die Schulzeitverkürzung kann nicht funktionieren, wenn man einfach die Stundentafeln komprimiert und den Arbeitsdruck auf die Schüler erhöht. Schüler sind keine Stopfgänse! Wir brauchen eine Schule, die Leistung, Lernerfolg und Chancengleichheit sichert, und keine, die Kinder krank macht und ihnen Kindheit und Jugend raubt.

Das Abitur kann nur dann ohne Qualitätsverlust schon nach 12 Jahren abgelegt werden, wenn die Gymnasien hierfür ein neues pädagogisches Konzept entwickeln.

Sie müssen zu echten Ganztagschulen werden. Nur dann kann der Schultag so rhythmisiert werden, dass sich Phasen der Anspannung und der Entspannung sinnvoll abwechseln. Ein warmes Mittagessen gehört selbstverständlich dazu. Und an die Stelle der Hausaufgaben treten Phasen des selbstständigen, aber von Pädagogen unterstützten Lernens und Übens. Spätestens um 16 Uhr haben die Schülerinnen und Schüler dann tatsächlich frei. Kurzfristig sollten die 45-Minuten-Stunden durch Doppelstunden ersetzt werden.

Heute haben die Schüler bis zu acht verschiedene Fächer an einem Tag. Ist es da ein Wunder, wenn sie am Ende der 8. Stunde kaum noch wissen, was in der ersten Stunde dran war?

Der Stofffülle muss durch Konzepte exemplarischen Lernens begegnet werden. Es reicht nicht, einfach 10 % der Vorgaben zu streichen. Schülerinnen und Schüler müssen vor allem lernen, sich Themen selbst zu erschließen und Problemlösungen zu finden.

Aber neue Lernformen funktionieren nicht in überfüllten Klassen. Zuerst muss deshalb die Anhebung der Klassenfrequenzen auf 32 zurückgenommen, muss vor allem die 10. Klasse als Eingangsstufe der Oberstufe kleiner werden.

Anrede,
wir wollen nicht das Rad zurückdrehen.
Wir wollen das pädagogische Konzept der

Gymnasien so verändern, dass ein qualitativ hochwertiges Abitur schon nach 12 Jahren möglich ist und die Schüler dabei Lernfreude und Leistungsbereitschaft behalten.

Warum muss denn die Schulzeit überhaupt so starr für alle Schüler gleich festgelegt werden? Kinder und Jugendliche entwickeln sich unterschiedlich, es ist deshalb richtig, die Schulzeit stärker zu individualisieren. Was in der Grundschule mit der flexiblen Eingangsstufe geht, muss auch in der Mittel- und Oberstufe möglich sein.

Auch in der Sekundarstufe müssen altersgemischte Lerngruppen gebildet werden dürfen, die von den Schülerinnen und Schülern in jeweils unterschiedlicher Zeit durchlaufen werden können. Reformschulen haben mit diesem Konzept gute Erfahrungen gemacht. So lässt sich die Zahl der Abiturienten steigern.

Wir haben bereits heute in Niedersachsen einen Flickenteppich, was die Schulzeit bis zum Abitur betrifft: Gymnasien vergeben das Abitur nach Klasse 12. An den integrierten Gesamtschulen wird das Abi nach Klasse 13 gemacht, an der Kooperativen Gesamtschulen meist nach Klasse 12. Die Waldorfschulen haben 13 Jahre Zeit.

Nicht nur Schülerinnen und Schüler entwickeln sich unterschiedlich schnell, auch die Schulen. Warum geben wir ihnen nicht die Möglichkeit, im Rahmen der Eigenverantwortlichkeit und in Abstimmung mit dem Schulträger selbst zu entscheiden, wie schnell sie sich zu echten Ganztagschulen mit dem Abitur nach 12 Jahren entwickeln, ob sie die flexiblen Wege bevorzugen oder ob sie vorläufig das Abitur auch noch nach 13 Jahren vergeben wollen?

Anrede,
der Ausbau der Gymnasien – und auch der übrigen Schulen – zu echten Ganztagschulen ist nicht zum Nulltarif zu haben. Notwendig sind sowohl Investitionsmittel für den Bau von Mensen und Aufenthaltsräumen, als auch ein zusätzliches Personalbudget.

Diese Mittel sind nur vom Land, von den Kommunen und vom Bund gemeinsam aufzubringen. Die frühere, rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ erheblich zum Ausbau der Ganztagschulen beigetragen. Jetzt sollte sich das Land mit Nachdruck beim Bund dafür einsetzen, dass dieses Investitionsprogramm fortgeführt wird.

„Ganztagschulen-light“ ohne Personalbudget können pädagogisch nicht erfolgreich arbeiten. Für den Ausbau aller 242 Gymnasien zu echten Ganztagschulen werden wir etwa 80 Millionen Euro benötigen, wenn man den Erlass für Ganztagschulen mit viertägigem Ganztagsbetrieb zugrunde legt.

Diese Mittel könnten nicht nur für Lehrkräfte verwendet werden, sondern für Fachkräfte ganz unterschiedlicher Qualifikation.

Wir haben deshalb bereits in den Haushaltsberatungen für 2008 gefordert, für das Budget der eigenverantwortlichen Schulen zusätzliche 32,5 Mio. € vorzusehen – ein Betrag, der entsprechend dem Ausbau der Schulen jährlich gesteigert werden muss.

Anrede,
als die schwarz-gelbe Koalition vor vier Jahren die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur beschlossen hat, da hat sie vor allem volkswirtschaftlich argumentiert und die pädagogischen Probleme ignoriert. Heute müssen wir dafür sorgen, die versäumte pädagogische Umgestaltung des Gymnasiums möglichst schnell nachzuholen.

Meine Partei hat vorgeschlagen, den Solidaritätszuschlag umzuwandeln in einen Bildungs-Soli. Damit würden die Mittel bereitgestellt, die notwendig sind, um unser Schulwesen insgesamt auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Das wäre eine wirkliche Investition in die Zukunft.

Kultusminister beim 8-jährigen Gymnasium konzeptionslos *38 Unterrichtsstunden pro Woche pädagogischer Irrsinn*

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen **Ina Korter** hat den niedersächsischen Kultusminister aufgefordert, unverzüglich die Stoffpläne für das Gymnasium zu entschlacken. Minister Busemann offenbare mit den Versuchen, das überstürzt eingeführte 8-jährige Gymnasium nachzubessern, seine „komplette Konzeptlosigkeit“, sagte die Grünen-Politikerin am Mittwoch (heute) in Hannover.

Mit den Zusatzstunden für die 9. Klassen, die der Minister jetzt kurzfristig bereitgestellt habe, biete er „lediglich mehr vom Gleichen“. Ausbaden müssten das die Schülerinnen und Schüler. „38 Unterrichtsstunden pro Woche plus Hausaufgaben sind ein pädagogischer Irrsinn“, sagte Korter. „Die Grenzen der Belastbarkeit sind damit weit überschritten.“ Gerade in der Pubertät bräuchten die Jugendlichen zudem auch Freiräume für ihre eigene Entwicklung.

Die Grünen-Politikerin forderte, mit den zusätzlichen Lehrerstunden für die 9. Klassen nicht die ohnehin bereits übervolle Stundentafel weiter aufzustocken. Stattdessen sollten mit diesen Lehrerstunden zeitweise zwei Lehrkräfte pro Klasse eingesetzt oder die Gruppen geteilt werden, um eine intensivere individuelle Förderung zu ermöglichen. „Die Gymnasien müssen so schnell wie möglich zu echten Ganztagschulen entwickelt werden“, sagte Korter.

Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen

Pressemitteilung Nr. 43 vom 13.02.2008

GRÜNE nach „G-8-Gipfel“: Gymnasien zu echten Ganztags- schulen ausbauen

Schüler kurzfristig durch Doppelstunden-Konzept und Hausaufgabenreduzierung entlasten

Grüne

Die Landtagsgrünen haben die Einführung des 8-jährigen Gymnasiums als „völlig verkorkste Reform“ bezeichnet.

Auf einem von den Grünen initiierten so genannten „G 8 – Gipfel“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Lehrkräfte an Gymnasien seien die Probleme deutlich beschrieben worden, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Ina Korter** am Mittwoch (heute) in Hannover. „Bei bis zu 38 Wochenstunden plus Hausaufgaben sind die Schülerinnen und Schüler überlastet und haben kaum noch Zeit für außerschulische Aktivitäten!“

Auch die Einführung von Kerncurricula habe nicht zu einer Entrümpelung der Lehrpläne geführt, sondern durch das Zentralabitur sei der Druck zum Durchpauken sogar noch gestiegen, sagte die grüne Schulexpertin.

Korter forderte die Landesregierung auf, die Gymnasien zügig zu echten Ganztagschulen auszubauen. Hierfür müsse den Schulen ein ausreichendes Personalbudget zur Verfügung gestellt und der Bau von Mensen unterstützt werden. „Die Schulen brauchen einen pädagogisch durchdachten Rhythmus von verschiedenen Lernformen und von Anspannungs- und Entspannungsphasen.“ Statt kurzfristig große Stoffmengen zu memorieren, müssten die Schülerinnen und Schüler lernen, sich Themen selbstständig zu erarbeiten und Zusammenhänge zu verstehen.

Mit Sofortmaßnahmen solle schon kurzfristig der hohe Druck auf die Schülerinnen und Schüler reduziert werden, forderte die Grüne. Die Gymnasien sollten als Zwischenschritt zu einem neuen Ganztags-Rhythmus die herkömmlichen 45-Minuten-Stunden durch Doppelstunden ersetzen.

Die Hausaufgaben sollten auf das unbedingt Nötige reduziert werden. „Spätestens ab 16 Uhr sollen die Schülerinnen und Schüler wirklich frei haben“, sagte Korter.

Die Grünen-Politikerin forderte die Landesregierung auf, unverzüglich einen Krisengipfel mit allen betroffenen Gruppen einzuberufen, um eine pädagogisch durchdachte Reform des 8-jährigen Gymnasiums auf den Weg zu bringen.

Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen

Pressemitteilung Nr. 98 vom 08.04.2008

Heister-Neumann beim Turbo-Gymnasium weiter konzeptionslos *Runder Tisch der Kultusministerin ohne Ergebnisse*

„Die Landesregierung ist beim Turbo-Gymnasium weiter konzeptionslos“, kritisierte die schulpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Ina Korter. Der Runde Tisch der Kultusministerin mit den Schulverbänden sei offenkundig ohne jedes konkrete Ergebnis geblieben.

„Es muss jetzt unverzüglich gehandelt werden, um die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien zu entlasten“, forderte Korter. Die Grünen hätten dazu einen Antrag vorgelegt, der am kommenden Donnerstag im Landtag beraten werde. Die Gymnasien müssten zu echten Ganztagschulen mit einem Wechsel von Anspannungs- und Entspannungsphasen umgewandelt werden. Die Klassen müssten wieder deutlich kleiner werden, insbesondere in der kommenden 10. Klasse, die als erste das Abitur nach 12 Jahren ablegen muss. Und statt der starren Festlegung auf 12 Jahre Schulzeit bis zum Abitur müsse eine individuell flexible Schulzeit ermöglicht werden, so die grüne Schulexpertin.

Grüne

Vorschlag für einen regionalen „G8-Gipfel“

Die Schulen selbst und die kommunalen Schulträger haben erheblichen Einfluss, um die zusätzlichen Belastungen der Schülerinnen und Schüler in Folge der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 8 Schuljahre zu minimieren.

Einrichtung und Betrieb einer Mensa und die Einrichtung von Arbeits- und Ruheräumen an den Schulen liegen in Verantwortung des Schulträgers. Die Schule kann z.B. darüber entscheiden, den Unterricht grundsätzlich in Doppelstunden zu organisieren, bestimmte Fächer vornehmlich zu biorhythmisch günstigen Tageszeiten vorzusehen, etc.

Diese und weitere Fragen könnten in einem öffentlichen „regionalen G 8-Gipfel“ diskutiert werden.

Als Podiumsgäste schlage ich vor:

- Landrat/ Oberbürgermeister bzw. Vertreterin/Vertreter des Schulamtes
- SchulleiterInnen und Schulleiter der örtlichen Gymnasien
- Elternrat
- Schülerrat
- Fraktionen des Kreistages/des Stadtrates